



=====  
Presseteam des Berliner Wassertischs  
=====

Sehr geehrte Damen und Herren,  
anlässlich des Inkrafttretens des per Volksentscheid am 13. Februar  
beschlossenen Volksgesetzes erklärt der Berliner Wassertisch:

Mit der am 12. März 2011 erfolgten Veröffentlichung im Gesetz- und  
Verordnungsblatt für Berlin ist das „Gesetz für die vollständige Offenlegung  
von Geheimverträgen zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe“ in  
Kraft getreten. Es regelt Umfang und Art der Offenlegung und setzt dafür

Fristen. Sechs Monate haben Senat und Abgeordnetenhaus Zeit, das Gesetz umzusetzen.

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes kann eine neue Zeitrechnung für das Gemeinwohl in Berlin beginnen.  
Von nun an ist es nicht mehr legitim, Einrichtungen und Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge  
ganz oder teilweise zu privatisieren, wenn das Abgeordnetenhaus das Votum der 666.000 Stimmen ernst  
nimmt.

Den Berliner Abgeordneten bietet das Gesetz die Chance nachzuweisen, dass sie ihre Aufgaben als  
Volksvertreter wirklich wahrzunehmen in der Lage sind. Endlich ist der Weg frei, das geheime Kommando-  
Unternehmen Teilprivatisierung öffentlich zu besprechen und zu prüfen.

Der Senat verhandelt derzeit auf Grundlage der völlig überhöhten Renditegarantien aus den Altverträgen mit  
RWE, die Linke offeriert ein dubioses Genossenschaftsmodell - doch bevor diese Verhandlungen fortgeführt  
werden, muss das Volksgesetz zügig umgesetzt werden! Die bestehenden Verträge, inklusive aller  
Beschlüsse und Nebenabreden, sind einer eingehenden öffentlichen Prüfung zu unterziehen. Gespannt  
warten der Berliner Wassertisch und die Bürger dieser Stadt auf Vorschläge der Abgeordneten zur  
Umsetzung des Gesetzes.

Der Berliner Wassertisch wird, wie angekündigt, den Umsetzungsprozess aktiv begleiten, den politischen  
Druck aufrecht erhalten und mit "KLÄRWERK" eigene Expertise einbringen. Wir werden die Arbeit des  
Parlaments, die Beiträge und Hinweise der Bürger und die eigene Recherche unter dem Titel "NEUES AUS  
DEM KLÄRWERK" öffentlich dokumentieren.

Um weiteren Täuschungsmanövern, Manipulationen und Mauseheleien der Politik vorzubauen, heißt es in  
§4 des Gesetzes, dass alles, was nicht offengelegt wird, ungültig ist.

Wir warnen Senat und Parteien davor, die Offenlegung, öffentliche Prüfung und Aussprache hinter den  
Wahltag am 18. September 2011 zu verschleppen. Noch sind längst nicht alle Anlagen und Nebenabreden  
veröffentlicht worden: wir stellen fest, dass der Senat von seiner ursprünglich eingeschlagenen Strategie der  
scheibchenweisen Veröffentlichung auch unter dem Eindruck des Volksgesetzes nicht abgeht.

Um einer weiteren Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger Einhalt zu gebieten, müssen die  
Politiker nun ihre überraschende, parteienübergreifende Wandlung zu Privatisierungskritikern durch Taten  
beglaubigen. Die kostengünstige Rekommunalisierung des Wassers, der Strom- und Gasversorgung und  
die Wiederherstellung der für den Börsengang der Bahn kaputtgesparten Berliner S-Bahn stehen ganz oben  
auf der Liste der Forderungen der Berlinerinnen und Berliner im bevorstehenden Wahlkampf. Der Berliner  
Wassertisch wird zusammen mit ihnen dafür sorgen, dass der Idee des Gemeinwohls in der Politik zum  
Durchbruch verholfen wird.

Berlin, 14. März 2011

Kontakt / Rückfragen:

Ulrike von Wiesenau, Tel.: 030 / 7814604

Gerlinde Schermer, Tel.: 0177 / 2462983